

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

12.12.1931 (No. 290)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Erpeditoren:
Karl-Friedrich-
Str. 14
Herrschel
Nr. 955
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 5515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Zeitungspreis: Monatlich 8,25 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Kontostundenrechnungen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherem Gewalt, Streik, Evakuierung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsrückzahl erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Finanzdebatte im Haushaltsausschuss Dietrich verteidigt sich

Bei der am Freitag fortgesetzten Finanzdebatte im Haushaltsausschuss des Reichstages kamen die Redner fast aller Parteien zu Wort, die je nach der Parteirichtung für oder gegen die letzte Vorberathung Stellung nahmen. Auf Ausführungen des deutschnationalen Abg. Bergt sah sich der Finanzminister gezwungen, nochmals das Wort zu nehmen.

Eine Ordnung der Reichsfinanzen — so erklärte er — könne selbstverständlich nicht ohne Regelung der Finanzen in Ländern und Gemeinden erfolgen. Die Zinsenkämpfung habe für den Wohnungsbau mancherlei Erleichterungen gebracht. Wir haben viele Gemeinden und Länder, die eine geordnete sparsame Wirtschaft haben. Nur da, wo Gemeinden durch die Wohlfahrtsverbandskosten in besondere Bedrängnis kommen, hat das Reich eingreifen können. Im übrigen müssen sich die Gemeinden aber selbst helfen. Diesem Zweck dient die Vorberathung vom 24. August. Der sofortige oder noch schnellere Abbau der Hauszinssteuer würde, abgesehen davon, daß die Interessen der Länder und Gemeinden das nicht zugehen hätten, die Kluft zwischen Alt- und Neubauten noch vergrößert haben. Das Problem der Neubauwohnungsmieten konnte nur von der Zinsseite angefaßt werden. 85 Proz. der Neubauwohnungen fallen auf die Zinsen. Ich glaube sagen zu können, daß die Zinsenkämpfung eine 15prozentige Senkung der Neubaukosten zulehrt.

Der Minister bewahrte sich gegen den Vorwurf des Abg. Bergt, daß wir mit der Vorberathung zu einem rechtlosen Staat geworden seien. Wir leben in einem wirtschaftlichen Kriegszustand, der überwunden werden müsse. Wenn wir unsere Verpflichtungen erfüllen wollen, müssen wir auch einen geregelten Kreditverkehr mit anderen Ländern haben. Durch die Zinsenkämpfung könne manchen Betrieben geholfen werden, die durch die zu hohen Zinsen brach liegen müßten. Was nun die von dem genannten Abgeordneten verlangte Senkung der Sozial- und Steuerlasten anbelangt, so sei er, der Minister, gerne und jederzeit bereit, seinen Posten an denjenigen abzutreten, der dieses Amt fähig fertigbringe. Wenn der Reichszentralrat von einer Schuld der Regierung gesprochen habe, so habe er diejenige von 1927 gemeint, der auch der Abg. Bergt angehört habe. Damals seien Maßnahmen getroffen worden, die über die Kräfte des Volkes gingen, und heute müßten sie in diesen schweren Krisenzeiten unter schwersten Opfern wieder rückgängig gemacht werden.

Wir würden unsere Pflicht verletzen, wenn wir nicht alles täten, um unser Volk wieder hochzubringen. Der Redner hob zum Schluß mit aller Entschiedenheit hervor, daß die Regierung alle Maßnahmen zu treffen gewillt ist, die sie im Interesse der Aufrechterhaltung des Staates und der Lebensfähigkeit des Volkes für notwendig halte.

Abg. Stolper (Staatsv.) nahm den Reichsfinanzminister gegen die gegen ihn gerichteten Angriffe in Schutz. Zum Glück gebe sich in der Wirtschaftslage der ganzen Welt eine Entwicklung, die hoffen lasse, daß im nächsten Frühjahr mit der Weltkriege auch die deutsche Krise überwunden sein werde.

Die Gehaltskürzung bei Wehrmacht und Polizei

Über die Regelung der Gehaltsabzüge bei der Reichswehr wird in Berlin mitgeteilt, daß für die Gruppen C 1 bis C 5, d. h. die Offiziere vom General bis zum Oberleutnant abwärts eine Kürzung der Gehälter wie bei den übrigen Reichsbeamten um 9 Prozent durchgeführt werde. Bei der Gruppe C 6 — Majore — werden mit Ausnahme der untersten Stufe 5 Prozent abgezogen. Die unterste Stufe und die übrigen Gruppen — vom Hauptmann bis zum einfachen Soldaten abwärts — bleiben von den Abzügen befreit.

Es ist damit zu rechnen, daß die Länder auch für die Schulpolizei eine ähnliche Regelung der Gehaltsabzüge durchführen.

Fleischverbilligung für die Arbeitslosen

Der Winterhilfe hat die Regierung Mittel zur Verfügung gestellt, die für bedürftige Arbeitslose die Abgabe von verbilligtem Rind- oder Schweinefleisch ermöglichen sollen. Die näheren Bestimmungen enthält ein gemeinsamer Erlaß des Reichsarbeitsministers und des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 8. Dezember 1931. Danach sind zur Teilnahme an der Fleischverbilligung berechtigt die Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und der Kriegsfürsorge, die Familienzuschläge erhalten, ferner die von der öffentlichen Fürsorge laufend als Hauptunterstützte in offener Fürsorge unterstützten, die einen eigenen Haushalt führen und schließlich Empfänger der Zusatzrente nach dem Reichsversorgungsgesetz, soweit sie einen eigenen Haushalt führen und ausschließlich auf Rente und Zusatzrente angewiesen sind.

Die Verbilligung wird auf Grund eines Bezugscheines gewährt, der nicht übertragbar ist. Die Verkaufsstellen werden durch Aushang kenntlich gemacht. Die Verbilligung wird ausschließlich für frisches Rind- oder Schweinefleisch gewährt; Würstwaren sind von der Verbilligung ausgeschlossen. Jeder Berechtigte kann wöchentlich 2 Pfund verbilligten Fleisches erhalten. Auf geringere Mengen als ein Pfund wird eine Verbilligung nicht gewährt. Der verbilligte Preis muß 30 Pf. unter dem Tagespreis liegen. Der erste Abschnitt hat während der Weihnachtstages ausnahmsweise eine Gültigkeitsdauer von zwei Wochen, sonst nur von einer Woche.

Lunatscharky darf in Düsseldorf nicht sprechen. Dem sowjetrussischen Volkskommissar Lunatscharky, der sich auf einer Vortragsreise durch Mitteleuropa befindet und heute, Samstag, in Düsseldorf sprechen wollte, ist auf Grund der Vorberathung vom 8. d. M. keine Rederlaubnis erteilt worden. Auch die Vorträge Lunatscharkys in Essen, Köln und Duisburg, die in diesen Tagen vorgesehen waren, wurden unterbunden.

Letzte Nachrichten

Prüfung der Lage der Reichsbank Noch kein Ueberblick über das weitere Verfahren

Karlsruhe, 12. Dez. (Priv.-Tel.) Der Beratende Sonderausschuss hat heute vormittag seine Untersuchung über die Wirtschafts- und Finanzlage Deutschlands fortgesetzt und seine Prüfung auf die Lage der Reichsbank und die Reichsbank ausgedehnt. Die Prüfung steht auch hier im Zusammenhang mit den Feststellungen des Lauten-Berichts. Ein Vertreter der Reichsbank hat im Ausschuss eingehendes Material über die Entwicklung in den letzten Monaten vorgelegt und erläutert. Im technischen Unterausschuss gehen die statistischen Einzeluntersuchungen über die in Deutschland investierten kurzfristigen ausländischen Guthaben und die Frage der Einkommen aus deutschen Guthaben im Ausland weiter.

Im allgemeinen besteht hier der Eindruck, daß die bisher mehr oder minder überwiegenden technischen Beratungen langsam ihrem Ende entgegengehen, daß in der kommenden Woche Fragen zur Erörterung gelangen, die die grundsätzliche Seite des Reparationsproblems betreffen. Es geschieht nicht ohne Absicht, wenn heute am Schluß der ersten Woche der Beratungen die französischen Delegationen durch die verschiedenen ihr zur Verfügung stehenden publizistischen Kanäle erneut den französischen Standpunkt verkünden läßt, und es liegt auch in der bisherigen französischen Linie, wenn man von französischer Seite jetzt verlangt, das materielle Ergebnis der bisherigen Beratungen, das auf die Wehrzahl der Mitglieder des Ausschusses einen tiefen Eindruck gemacht hat, zu bagatellisieren.

Wahrscheinlich wird es in der Mitte der nächsten Woche zu lebhaften und zähen Auseinandersetzungen kommen. Auf französischer Seite besteht offenbar die Absicht, die Beratungen vor Weihnachten zu unterbrechen und die Formulierung des Berichts einer zweiten Tagung des Ausschusses zu Beginn des kommenden Jahres zu überlassen.

Mellon zu den Anregungen Hoovers

Washington, 11. Dez. (Reuter.) (Tel.) Schatzamtssekretär Mellon sagte in einer heute abend abgegebenen Erklärung: In keiner Anregung, die Präsident Hoover gegeben hat, ist irgend etwas enthalten, was eine Schuldenreicherung einschließt. Es ist indessen Pflicht der maßgebenden Stellen, sich mit der Verbilligung zu befassen. Die Tatsache kann nicht unberücksichtigt bleiben, daß einige unserer Schuldner ihre vollen Zahlungen an uns nicht leisten können, ehe nicht eine erhebliche Besserung der Wirtschaftslage eingetreten ist.

In Washington wird erklärt, daß die Aufnahme der Tätigkeit der amerikanischen Kriegsschuldenkommission von den Pariser Verhandlungen abhängig sei; denn erst, wenn festgestellt sei, auf welchen Betrag an Reparationen die alliierten Regierungen verzichten müssen, könne in Amerika die Zahlungsfähigkeit der Schuldner Amerikas geprüft werden. Man hoffe daher, daß in Paris bald eine vernunftgemäße Regelung erzielt werde, welche darzue, daß alle Regierungen und alle Völker im Interesse einer Rückkehr zu besseren wirtschaftlichen Verhältnissen Opfer zu bringen bereit seien.

Ultimatum Japans an Tschangsuellang

Wien, 12. Dez. (Tel.) Wie verlautet, sollen die japanischen Oberbefehlshaber ein Ultimatum vorbereiten, das auf diplomatischem Wege Tschangsuellang übermitteln werden soll und in dem sie ihn beschuldigen, die Mäurer dazu zu ermuntern, mit den chinesischen Truppen zusammen vorzugehen, um den Frieden zu stören und den in der Mandschurei wohnenden Japanern Schäden an Leib und Gut zuzufügen. Die japanischen Behörden erklären, sie würden scharfe Maßnahmen ergreifen, wenn Tschangsuellang seine Truppen nicht hinter die Große Mauer zurückzieht.

Die Sparkasseneinlagen im Reich

9,94 Milliarden im Oktober
Ende Oktober 1931 beliefen sich die Sparkasseneinlagen bei den deutschen Sparkassen auf 9 936,32 Millionen Reichsmark gegenüber 10 219,56 Millionen Reichsmark Ende September 1931. Der Berichtsmontat weist mithin eine Abnahme um 283,24 Millionen Reichsmark gegenüber einer Abnahme um 285,40 Millionen Reichsmark im September 1931 auf. Im einzelnen betragen die Einzahlungen 437,70 (September 368,86), davon aus Aufwertung 6,34 (2,61) Millionen Reichsmark und aus Zinsguthabenzinsen 1,72 (2,33) Millionen Reichsmark. Die Auszahlungen stellten sich auf 720,94 (655,02) Millionen Reichsmark. Die Scheck-, Giro-, Kontokorrent- und Deposteneinlagen betragen Ende Oktober 1931: 1173,98 (September 1212,77).

Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes sind die Einzahlungen bei den öffentlichen Sparkassen im Monat Oktober um rund 65 Millionen Reichsmark gestiegen; in dem gleichen Umfang haben sich auch die Auszahlungen erhöht. Der Zahlungsbilanzüberschuss ist somit trotz der Verstärkung der Wirtschaftsschwierigkeiten unverändert geblieben. Diese Tendenz kommt auch darin zum Ausdruck, daß der Zahlungsbilanzüberschuss im Monat Oktober überwiegend auf die erste Monatshälfte entfällt; in der zweiten Monatshälfte ist er stark zurückgegangen, in Preußen z. B. von 113 in der ersten Hälfte auf 62 Millionen Reichsmark in der zweiten Oktoberhälfte. Anfang November hat sich diese Verbilligung fortgesetzt. Trotz des Ablaufes der Kündigungskonten haben die Auszahlungen in der ersten Hälfte des Monats weiter abgenommen.

* Zur politischen Lage

Nach dem Erlaß der Notverordnung
Die große Winternotverordnung des Reichskabinetts ist im allgemeinen mit Ruhe und Verständnis aufgenommen worden. Wer nicht gerade einem wüsten Radikalismus huldigt und demgemäß Vernunftgründen gegenüber unbeeindruckt bleibt, der wird zugeben müssen, daß das Reichskabinetts sich in einer Zwangslage befand und kaum anders handeln konnte, als es gehandelt hat. Wie immer bei derartigen Verordnungen, wird man über Einzelheiten streiten können. Als Ganzes betrachtet, ist aber die neue, große Winternotverordnung ein Werk aus einem Guß, das der inneren Überzeugungskraft gewiß nicht entbehrt; und wenn man die Erhöhung der Umsatzsteuer hätte vermeiden können, dann würde die Notverordnung ihr Ziel, eine Sanierung der Wirtschaft einzuleiten, mit völliger Sicherheit erreichen können.

Ziemlich allgemein herrscht die Auffassung, daß nun mit dieser Notverordnung die äußerste Grenze dessen erreicht worden ist, was der Staat der Wirtschaft, den Beamten, Angestellten und Arbeitern an Eingriffen in ihre Arbeits- und Einkommenssphäre zumuten kann. Reichskanzler Dr. Brüning hat ja auch mit allem Nachdruck betont, daß diese Notverordnung einen Schlüsselstein sei, und daß ihr oberster Zweck der sei, nun endlich aus der Periode der Deflation herauszukommen. Er hat das gesagt in der richtigen Erkenntnis, daß eine Deflation ebenso gefährlich ist wie eine Inflation, weil beide im Endeffekt die Wirtschaft zugrunde richten. In einer Rede, die Dr. Brüning vorgestern vor den Vertretern der ausländischen Presse in Berlin hielt, hat er sich auch gegen die Behauptung gewandt, man treibe in Deutschland Staatskapitalismus. Das Gegenteil sei der Fall; die Reichsregierung habe mit der Notverordnung gerade eine Verkrampfung der Wirtschaft, die zu einem solchen Staatskapitalismus führen könnte, vermeiden wollen.

Die Frage ist jetzt die: Wird sich im Alleinvertretung nach wie vor eine Mehrheit finden, die eine sofortige Einberufung des Reichstages und damit ein Votum des Parlaments gegen die Notverordnung verhindert. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften bei ihrer Tolerierungspolitik bleiben. Denn noch immer gilt die Erkenntnis, daß, wenn durch ein Abschwenken der Sozialdemokratie das Kabinetts Brüning gestürzt wird, dann eine Regierung kommen müßte, die vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus gesehen, völlig unerträglich ist.

Die Deutsche Volkspartei hatte sich noch vor Erlaß der Notverordnung in der Sitzung ihres Zentralvorstandes mit erdrückender Mehrheit gegen das Kabinetts Brüning ausgesprochen. Die Minderheit, die auf der Zentralvorstandssitzung gegen diesen Beschluß opponierte, war zahlenmäßig so gering, daß ihr Gewicht kaum in die Waagschale fallen kann. Die Reichstagsfraktion hat denn auch gestern beschlossen, für eine Einberufung des Reichstages zu stimmen. Noch ungeklärt ist die Frage, wie sich das Landvolk verhalten wird. Im allgemeinen bietet die Notverordnung dieser Partei ja keinen unmittelbaren Anlaß, entriistet zu sein. Was die Wirtschaftspartei betrifft, so hat sie beschlossen, die Einberufung des Parlaments für Anfang Januar zu verlangen, zunächst aber gegen den kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung zu stimmen.

Die Kassenlage im Reich

Nach den neuesten Erklärungen des Reichsfinanzministers im Haushaltsausschuss des Reichstages ist die Kassenlage des Reiches naturgemäß nach wie vor sehr ernst. Man darf bei einer Betrachtung der Kassenlage indessen nie vergessen, daß wir seit November vorigen Jahres keinen Pfennig mehr im Ausland oder Inland geborgt haben. Wenn wir uns trotzdem durchgeschlagen haben, so ist das in erster Linie der Opferwilligkeit unseres Volkes zu danken. Und die neue Notverordnung, die ja an diese Opferwilligkeit wieder die stärksten Anforderungen stellt, wird uns weiterhin erlauben, mit einiger Zuversicht in die Zukunft zu blicken.

Die Überbrückung des 1. Januar ist nach den Darlegungen des Reichsfinanzministers gesichert. Wir werden unseren Zinsverpflichtungen reiflos nachkommen. Alles kommt darauf an, die Zahlungsfähigkeit des Reiches weiter aufrechtzuerhalten. Denn nur so bleibt unsere Baluta gesichert, und nur so ist es möglich, wieder in

absehbarer Zeit Kredite zu bekommen oder kurzfristige Kredite in langfristige umzuwandeln. Der Reichsfinanzminister ist also der Meinung, daß es gelingen werde, wenn auch mit Sorgen und Wehen, einen geordneten Haushalt zu garantieren. Bei allen Maßnahmen, so auch bei denen der neuen Notverordnung, hat man sich natürlich bereits darauf eingestellt, daß im kommenden Jahr die Steuer- und Zolleinnahmen weiter zurückgehen werden, und daß die Anforderungen an die öffentlichen Versicherungen weiterhin sehr groß bleiben.

Reparationen und Sonderausfuhr

Selbstverständlich müßten alle unsere Berechnungen über den Haufen geworfen werden, wenn zum 1. Februar, an welchem Tage bekanntlich das Stillhalteabkommen abläuft, neue Rückzahlungen in großem Umfang von unseren privaten Kreditgebern im Ausland verlangt werden, und wenn wir nach Ablauf des Hoover-Moratoriums von neuem Reparationen zahlen müßten. Der Sonderausfuhr der Bank für internationale Zahlungen, dessen Einberufung Deutschland unter Bezugnahme auf den Youngplan verlangt hat, ist ja nun zusammengetreten. Seine Beratungen werden einige Zeit in Anspruch nehmen, und sie werden gewiß nicht leicht sein.

Noch immer ist der Konflikt zwischen Frankreich und den übrigen Gläubigern wegen der Vorrangstellung der Privatfaktoren vor den Reparationen nicht gelöst. Frankreich steht in diesem Konflikt ziemlich allein. Und, was England betrifft, konnte man in der letzten Zeit den Eindruck gewinnen, daß in London nicht die mindeste Neigung besteht, sich auch diesmal wieder den französischen Wünschen anzubequemen. Die goldenen Äpfel, mit denen Frankreich zu schmeicheln gewohnt ist, sind zudem diesmal auf den Schützen zurückgeprallt: Frankreich selbst hat den letzten Kurssturz des englischen Pfunds mit Verlusten bezahlen müssen, die auf annähernd eine Milliarde Reichsmark beziffert werden.

In Amerika hat jetzt das Parlament das Wort. Da der amerikanische Etat mit einem sehr ansehnlichen Defizit belastet ist, kann man sich denken, daß die Neigung, die interalliierten Kriegsschulden vollends zu streichen, gewiß nicht gewachsen ist. Und immer wieder weisen die amerikanischen Politiker darauf hin, daß Europa noch immer nicht abgeräumt habe, und daß es ein Unfinn sei, Schulden zu streichen, solange der Schuldner derartige Riesensummen für Rüstungszwecke ausgibt. Andererseits sieht man in Amerika sehr wohl ein, daß Deutschland in irgendeiner Form geholfen werden muß. Auch in Amerika hat man sich davon überzeugt, daß Deutschland die Reparationen nicht zahlen kann. Nur wehrt man sich dagegen, daß aus dieser Tatsache sofort eine Verpflichtung Amerikas auf Streichung der interalliierten Schulden geschlossen wird. Man sagt sich, daß Deutschland eben wirklich nicht zahlen kann, daß aber zum mindesten Frankreich sehr wohl seine Schulden an Amerika begleichen könne, wenn es nur auf dem Gebiete seiner Rüstungspolitik weniger verschwenderisch wäre.

Reichsfinanzminister Brüning hat in seiner oben erwähnten Rede vor der ausländischen Presse erklärt, daß in dem Augenblick, in dem Deutschland nichts mehr festsetzen bekommt, und die Reparationen durch Exportüberschuß bezahlen muß, diese Reparationszahlungen die ganze Weltwirtschaft durcheinanderbringen würden, und damit am besten die Gefährlichkeit dieser Zahlungen erwiesen sei. Die Welt werde sich, nachdem sie alle Systeme durchprobiert habe, zu einer großzügigen Lösung entschließen müssen. Auf die Frage, was der Reichsfinanzminister zu der französischen Meinung sage, daß man Deutschland nur im Rahmen des Youngplans helfen dürfe, hat der Kanzler erwidert, er hoffe, daß die bevorstehende große internationale Reparationskonferenz eben anders entscheiden werde. Allen denen, die sich im Ausland Sorge machen wegen des Anwachsens der Nationalsozialistischen Partei, hat der Kanzler zugerufen, diese Gefahr werde mit einem Schlag beseitigt sein, wenn die Welt sich anschickt, Deutschland so zu helfen, wie es nun einmal notwendig ist.

Die Gleichstellung der Landes- und Reichsbeamten in Baden

Die vorgelegte veröffentlichte Mitteilung, daß die badische Regierung nunmehr nach Erlaß der neuen Notverordnung die von den badischen Beamten so schmerzlich vermehrte Gleichstellung mit den Reichsbeamten vornehmen werde, hat zweifellos allenthalben einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Auch die Dienstalterszulagenfrage wird mit rückwirkender Kraft (vom 1. Oktober ab) wieder aufgehoben.

Mit Recht hat der badische Finanzminister darauf aufmerksam machen können, daß die ganze Entwicklung der Reichspolitik, wie sie jetzt in der neuen Notverordnung gipfelt, die beste Rechtfertigung für die bisherige badische Politik sei. Die Reichspolitik habe genau dahin geführt, wo die badische Politik bereits gestanden habe.

Die Bevölkerung unseres Landes wird von neuem erkannt haben, daß das badische Kabinett sich nicht von den Dingen treiben und sich nicht von den Ereignissen überraschen läßt, sondern vorausschauend aus eigener Initiative die Maßnahmen trifft, die nun einmal im Interesse einer geordneten Staatswirtschaft getan werden müssen. So dürfen wir in Baden mit ruhigem Gewissen auf unsere öffentliche Finanzwirtschaft blicken, und so war das Lob, das jüngst der Reichsfinanzminister Dr. Brüning der badischen Regierung spendet hat, wahrlich nicht unbedeutend.

Aus den Ländern

Ein Hochschulvertrag der württembergischen Sozialdemokratie

Im Finanzausschuß des württembergischen Landtags wurde ein sozialdemokratischer Antrag eingebracht, das Staatsministerium zu ersuchen, mit der Regierung des Freistaates Baden darüber in Verhandlungen einzutreten, ob sich bei den in beiden Ländern bestehenden Hochschulen auf Grund zu treffender Vereinbarungen Vereinfachungen und Einsparungen dadurch erzielen lassen, daß bestimmte Lehrgebiete, die erfahrungsgemäß nur auf eine geringe Hörerzahl rechnen können, nur in je einer Hochschule der beiden Länder behandelt und die für ihre Behandlung erforderlichen Einrichtungen (Seminar, Laboratorien usw.) planmäßig zusammengelegt werden mit dem Gesamtziel, daß die Hochschulen der beiden Länder einander in zweckmäßiger und größerer Ersparnisse ermöglichender Weise ergänzen.

Aus dem Hessischen Landtag

Im Hessischen Landtag wurde am Freitag ein nationalsozialistischer und deutschnationaler Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett und ein Antrag der Nationalsozialisten auf Abberufung des Innenministers Leuschner angenommen. Der Landtag vertrat sich sodann nach Neujahr, so daß die geschäftsführende Regierung zum mindesten noch bis dahin ihre Tätigkeit ausübt. Die Annahme des Sonderrotums gegen Minister Leuschner erfolgte, obwohl die Kommunisten dabei nicht mitwirkten, dadurch, daß das Zentrum vorher erklärt hatte, sich der Stimme enthalten zu wollen, weil dieses Rotum gegenstandslos sei. Vorher war der die Wahl des Staatspräsidenten betreffende Punkt der Tagesordnung abgesetzt worden, bis die Verhandlungen zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten abgeschlossen sind.

Radikale preussische Etatsabstriche

W.D. Berlin, 12. Dez. (Tel.) Der neue preussische Finanzminister Klepper sieht es als seine Hauptaufgabe an, den preussischen Staatshaushaltsplan für 1932, der im Januar an den Landtag kommt, ohne Defizit herauszugeben. Nachdem das Reich durch starke Eingriffe in Finanzquellen der Länder die Ländereinnahmen herabgesetzt hat, müsse Preußen radikale Etatseinsparungen vornehmen. Das Reich habe zum Beispiel die Hauszinssteuer herabgesetzt, ferner Beträge aus der Hauszinssteuer für kommunale Umschuldung vorgeschrieben, außerdem die Realsteuerkürzung angeordnet und den Wünschen auf Änderung des Abtragschlüssels für die Umsatzsteuer nicht Rechnung getragen.

Die Offenlegung der Steuerlisten

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine Denkschrift über die Offenlegung der Steuerlisten im Ausland vorgelegt. Die Erhebungen erstrecken sich auf 51 Staaten in der ganzen Welt. Von diesen nehmen 18 eine Offenlegung der Steuerlisten vor, u. a. England, Frankreich, Italien, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden, die Schweiz, Spanien, die Tschechoslowakei und Ungarn. Einige dieser Staaten haben offene Steuerlisten nur für bestimmte Steuerarten. Die USA. haben bis 1926 die Steuerlisten offengelegt und diese Beschlüsse dann wieder revidiert. Aber die Erfahrungen in den Ländern, die für einzelne Steuerarten oder für alle Steuern die Offenlegung eingeführt haben, enthält die Denkschrift ausführliche Berichte. Überwiegend ist die Auffassung, daß eine gerechtere Besteuerung erreicht worden sei und Anhaltspunkte für eine Förderung der Kapitalflucht nicht vorliegen.

Kurze Nachrichten

Der Reichspräsident empfing am Freitagabend die Bundesführer des Stahlhelms zu einer längeren Aussprache in der Frage des Uniformverbots.

Die deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen sind bis jetzt noch zu keiner positiven Lösung gelangt. Der Führer der schweizerischen Delegation ist nach Bern gereist, um seine Regierung zu unterrichten.

Eine geplante Kundfuntrede Hitters. Adolf Hitler wollte Freitagabend im amerikanischen Rundfunk über seine politischen Ziele sprechen. Das Reichspostministerium hat jedoch diese Kundfuntansprache unterlagert, da die Benutzung des Senders dem Monopolvertrag zwischen der Reichs-Rundfunkgesellschaft und der amerikanischen National Broadcasting Co. widersprochen hätte. Daneben war für die abzulehnende Entscheidung die Auffassung maßgebend, daß diese Kundfuntansprache den Bestimmungen über den Weihnachtssendefrieden zuwiderlaufe.

Beirat für Bauparlasse. Professor Dr. Walter Nahlberg, Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Freiburg i. Br., ist vom Reichspräsidenten mit Wirkung vom 1. Dezember 1931 auf die Dauer von fünf Jahren zum Mitglied des Beirats für Bauparlasse bei dem Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung ernannt worden.

Geheimer Kommerzienrat Dr.-Ing. e. h. Ernst von Borst wird sein Amt als Vorsitzender der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, das er seit dem 18. März 1925 innehat, nach Ablauf dieses Winters niederlegen. Maßgebend für diesen Entschluß sind — wie mitgeteilt wird — seit langem bestehende Gründe gesundheitlicher Art und die Unmöglichkeit, sich neben seiner starken Inanspruchnahme für seine eigenen Unternehmungen auf die Dauer dieses Amtes auszuüben.

Das Verbot der Berliner „Vörsenzeitung“ und des nationalsozialistischen „Angriff“ ist vom preussischen Innenminister aufgehoben worden, so daß beide Zeitungen heute wieder erscheinen werden.

Die Lohnverhandlungen in der Schuhindustrie sind ergebnislos verlaufen, wodurch sich die Arbeitgeber veranlaßt fühlen, beim Reichsarbeitsministerium die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens zu verlangen.

Der polnische Außenminister Jaleski weist zur Zeit in London. Er erklärte, er habe nicht versucht, mit britischen Ministern die Zolltarifffrage zu erörtern, weil Polens Ausfuhrhandel von den britischen Anti-Dumping-Abgaben bisher nicht ernstlich berührt worden sei. Wenn später Hölle auf wichtige Lebensmittel und Holz gelegt werden sollten, würde dies die Lage allerdings ändern. Er wisse ferner, daß in England die Meinung weit verbreitet sei, Polen sei eine angreifbarste und ehrgeizige Macht. Diese Ansicht habe er zu widerlegen versucht.

Hilfe für die landwirtschaftlichen Kreditinstitute in Frankreich. In einer Resolution der französischen Kammer wurde gegen die Stimmen der sozialistischen Opposition die Summe von 100 Millionen Franken für in Bedrängnis geratene private landwirtschaftliche Kreditanstalten bereitgestellt.

Der litauische Staatspräsident Smetona ist am Freitag auf weitere 7 Jahre zum Staatspräsidenten gewählt worden.

Kleine Chronik

Das Greifswalder Schwurgericht hat den wegen Mordes an dem 60jährigen Nachtmächter Fritz Morad angeklagten, 20-jährigen Arbeiter Fredrikowski zum Tode verurteilt. Fredrikowski, der von dem Nachtmächter wegen eines Diebstahls zur Rede gestellt worden war, lauerte dem Nachtmächter auf und schlug ihn nieder.

Der Staatsanwalt beantragte in dem Prozeß wegen des Berliner Briefträgermordes gegen Ernst Reins wegen Mordes in Lateinisch mit schwerem Raub mit Todesverfolg die Todesstrafe. Gegen die Mutter Ida Reins beantragte er wegen Hehlerei zwei Monate Gefängnis und gegen die Schwester Sophie Reins wegen Hehlerei sieben Monate Gefängnis.

Im Nordsee bei Gadersleben wurde gestern ein großer Walfisch gefischt. Sicher gelang es, das Tier von ihren Booten aus in die Gaderslebener Förde zu treiben, wo es getötet werden konnte. Der Walfisch, der um Stagen in die Ostsee gelangt sein muß, hat eine Länge von 25 Metern und ein Gewicht von schätzungsweise 10 000 Pfund.

In der norwegischen Küste, in der Nähe von Maloy, auf der Höhe von Florø, nördlich vom Sognefjord, ist der Fischdampfer „Venus“ untergegangen, der mit Ladung aus den isländischen Gewässern kam. Er hatte 18 Mann Besatzung, von denen 11 Engländer waren. Die beiden geretteten Besatzungsmitglieder sind zwei englische Offiziere, Vermißt werden außer den übrigen zwei Deutsche, die zur Besatzung gehörten, nämlich der Kapitän Wisnarsky und der Matrose Beier.

Zu Ehren der Nobel-Preisräger gab der König von Schweden am Freitag im königlichen Schloß zu Stockholm ein Essen. Unter den zahlreichen Gästen befanden sich der Ministerpräsident, der Minister des Äußern, der deutsche Gesandte v. Rosenburg und die drei Nobel-Preisräger Bokf, Bergius und Warburg. Im pathologischen Institut hielt Prof. Otto Warburg am Freitag seinen Nobel-Vortrag. Er behandelte die Rolle des Eisens bei Verbrennungsprozessen in den Zellgeweben. Die ingenieurwissenschaftliche Akademie veranstaltete eine Feier zu Ehren der Nobel-Preisräger Bokf und Bergius, bei der Geheimrat Bokf über die Stellung des Ingenieurs in der Wirtschaft sprach.

Badischer Teil

Zwangsvollstreckung

** Wie von der Pressestelle beim Staatsministerium mitgeteilt wird, hat der Justizminister bezüglich der Zwangsvollstreckung an die Amtsgerichte folgenden Erlaß gerichtet:

„Bei der Pfändung beweglicher Sachen landwirtschaftlicher Schuldner beschränken sich die Gerichtsvollzieher nicht selten auf die Untersuchung, inwieweit die Sachen zum Notbedarf des Schuldners und seiner Familie gehören und zur Fortführung des Wirtschaftsbetriebes unbedingt erforderlich sind (§ 811 Ziffer 2 bis 4, § 812 Abs. 1 Ziffer 2 bis 4). Darüber hinaus muß nach § 72 G.D.B. aber außerdem geprüft werden, ob es sich bei dem Betrieb um ein Landgut handelt und ob die Sachen zu dessen Zubehör gehören. Landgut ist ein aus einem oder mehreren Grundstücken bestehende landwirtschaftliche Betrieb, ohne Rücksicht auf Größe und Ertragnis im Verhältnis zum Nahrungsbedarf des Schuldners und seiner Familie, also auch ein vom Schuldner oder seiner Familie geführter landwirtschaftlicher Nebenbetrieb. Zubehör eines Landguts ist das sämtliche zum Betrieb bestimmte Gerät und Vieh, letzteres ohne Unterscheid, ob es sich um Arbeits-, Nut- oder Nachzuchttiere handelt und auch dann, wenn es etwa schon zum Verkauf bestimmt ist (§ 813 Ziffer 2, § 814 Abs. 1 Ziffer 4 b). Dieses gesamte Zubehör wird, wenn es dem Schuldner gehört, von der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen erfaßt und ist damit der Fahrnispfändung überhaupt entzogen. Gehört das Zubehör dem Pächter eines landwirtschaftlichen Grundstücks, so kann es diesem gegenüber gepfändet werden, unbeschadet der Pfandrechte des Verpächters oder eines Kreditinstituts, dem das Pächterinventar auf Grund des Gesetzes betreffend die Ermöglichung der Kapitalkreditbeschaffung für landwirtschaftliche Pächter vom 9. Juli 1926 (R.G.B. I 399) verpfändet ist.“

Kommt es zum Verkauf gepfändeter Fahrnisgegenstände, so muß in jedem Fall eine unwirtschaftliche Verschlechterung der Sachen vermieden werden. Diesem Zweck dient vor allem die Bekanntmachung über das Mindestgebot bei der Versteigerung gepfändeter Sachen vom 8. Oktober 1914 (R.G.B. I 427). Danach ist der gewöhnliche Verkaufswert tunlichst schon bei der Pfändung zu schätzen und ein Zuschlag nur zulässig, wenn bei der Versteigerung mindestens die Hälfte dieses Wertes als Mindestgebot erreicht wird. Andernfalls ist die Versteigerung als ergebnislos zu behandeln. Daneben bietet der Weg, gemäß § 825 P.D. beim Vollstreckungsgericht eine andere Art der Verwertung zu beantragen, unter Umständen die Möglichkeit, ein günstigeres Ergebnis der Verwertung zu erzielen. Hierzu kann auch die Mitwirkung des betreibenden Gläubigers dienlich sein, der gleichfalls Wert darauf legen muß, daß der Schuldner durch die Vollstreckung nicht über das notwendige Maß hinaus geschädigt und wirtschaftlich geschwächt wird.

Die Notlage weiter Schuldnerkreise macht es erforderlich, den Verhältnissen auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Amtsgerichte werden veranlaßt, über wichtige Wahrnehmungen oder außerordentliche Notstände von allgemeiner Bedeutung, die im Vollstreckungswesen zutage treten, zu berichten.“

Das nationalsozialistische „Grüßelhorn“ auf 3 Monate verboten

** Der Minister des Innern hat die in Lehr erscheinende nationalsozialistische Wochenchrift „Das Grüßelhorn“ mit sofortiger Wirkung auf die Dauer von drei Monaten verboten. Anlaß dazu gab ein in der Ausgabe vom 12. Dezember erscheinender Artikel, der schwere Beschimpfungen und böswillige Verächtlichmachungen der Regierung enthielt und dessen Inhalt geeignet war, die öffentliche Ruhe und Ordnung in erheblicher Weise zu stören.

Staatsprüfung für das wissenschaftliche Lehramt an Höheren Lehranstalten im Jahre 1932

Die Meldungen zu der im Spätjahr 1932 abschließenden Staatsprüfung für das wissenschaftliche Lehramt an Höheren Lehranstalten sind spätestens bis 15. Januar 1932, Meldungen zu Erweiterungsprüfungen spätestens bis 1. September 1932 beim Unterrichtsministerium einzureichen.

Die Prüfung findet nach Maßgabe der Prüfungsordnung vom 19. April 1928 statt.

Die Bedingungen für die Zulassung und das Bestehen der Prüfung sind aus den entsprechenden Bestimmungen der Prüfungsordnung vom 19. April 1928 (Amtsblatt 1928 S. 89 ff.) zu ersehen.

Die Nachweise über die erfolgreiche Teilnahme an den vorgeschriebenen Übungen (Praktika), Seminarien und Lehraussagen sind abzugeben, für jedes Fach zeitlich geordnet beizubringen.

Erst nach Ablauf der bezeichneten Fristen eintreffende Gesuche oder solche mit ungenügenden Nachweisen werden nicht berücksichtigt.

Die auf Grund der Prüfungsordnung vom 19. April 1928 erworbenen Zeugnisse werden von Kreuzen und Sachsen anerkannt, von Kreuzen aber mit der Einschränkung, daß Zeugnisse, welche das Bestehen der wissenschaftlichen Prüfung in Mathematik und Physik als Hauptfach ohne ein weiteres Nebenfach bezeugen, nur dann anerkannt werden, wenn sie nachträglich durch eine Erweiterungsprüfung für ein drittes Fach ergänzt worden sind. Eine gleiche Vereinbarung mit den genannten Ländern ist für das in Baden erworbene Anstellungsfähigkeitszeugnis nicht abgeschlossen.

Um die Bleag-Bahnen

Die Stadt Karlsruhe lehnt die Bedingungen der Deutschen Eisenbahnbetriebs-AG. in Berlin ab

Aber die von der Deutschen Eisenbahnbetriebsgesellschaft, die auch in Baden einige Bahnen betreibt, für die Übernahme der Bleag-Bahnen gestellten Bedingungen sind noch bekannt, daß der gebotene Kaufpreis 500 000 RM beträgt. Die Bezahlung an die nicht wenigen Gläubiger der Bleag soll aber in Aktien der Gesellschaft erfolgen. Die Stadt Karlsruhe sollte die Verpflichtung auf sich nehmen, in einem bestimmt umgrenzten Gebiet gegen Müppur zu kein irgendwie geartetes Verkehrsunternehmen zu betreiben. Ein gleiches Verlangen ist auch an die Post gerichtet worden.

Der Stadtrat Karlsruhe hat zu diesem vom Konkursverwalter übermittelten Angebot in eingehender Beratung Stellung genommen und ist — wie weiter mitgeteilt wird — einmütig zu dem Ergebnis gekommen, die gestellten Bedingungen abzulehnen. Der Stadtrat empfindet es als eine untragbare Zumutung, innerhalb der Gemarkungsgrenze, der ureigenen Interessensphäre der Stadt, eine Beschränkung der gewünschten Art auf sich zu nehmen. Er war sich auf Grund von Äußerungen des Konkursverwalters darüber im Klaren, daß seine ablehnende Haltung die Einstellung des Betriebs auf der Albtalbahn auf 31. Dezember 1931 voraussichtlich zur Folge haben wird. Der Stadtrat hat deshalb beschlossen, vom 1. Januar 1932 an eine Omnibusverbindung zwischen Karlsruhe und Müppur wieder zu schaffen. Erwähnenswert ist noch die Tatsache, daß die Reichspost auf die Bedingungen der Eisenbahnbetriebsgesellschaft ebenfalls nicht eingeht.

Pfarrer Eckert aus dem Kirchendienst entlassen

Das kirchliche Dienstgericht in Karlsruhe beschäftigte sich am gestrigen Freitag mit dem Fall des zur kommunistischen Partei übergetretenen Pfarrers Eckert in Mannheim. Am Schlusse der Verhandlungen, die sich von 9 Uhr vormittags bis gegen halb 8 Uhr abends hinzogen, wurde folgendes Urteil bekanntgegeben:

„Pfarrer Erwin Eckert, Mannheim, wird aus dem kirchlichen Dienst entlassen mit der Wirkung des Verlustes der Amtsbezeichnung, des Einkommens sowie des Anspruchs auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung. Zugleich wird ihm das Recht zur Vornahme von Amtshandlungen aberkannt. Die Kosten des Dienstverfahrens hat der Verurteilte zu tragen.“

Zur Begründung des Urteils hat das kirchliche Dienstgericht etwa folgendes ausgeführt:

„Der internationale Kommunismus und damit auch die kommunistische Partei Deutschlands seien, ausgehend vom Materialismus als der Grundlage ihrer Weltanschauung, nicht nur programmatisch atheistisch und kirchen- und religionsfeindlich eingestellt, sie betätigten diese ihre Grundeinstellung auch praktisch durch eine heftige antireligiöse Propaganda. Insbesondere sei in den letzten Jahren unter Führung der kommunistischen Partei Deutschlands eine Reihe Organisationen mit dem ausgesprochenen Zweck ins Leben gerufen worden, gegen Religion und Kirche den Kampf zu führen. Es sei auch nicht zu verkennen, daß darin etwa in der letzten Zeit eine Änderung eingetreten sei.“

Es könne nun dahingestellt bleiben, ob die Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei Deutschlands als solche schon unvereinbar sei mit den Pflichten eines evangelischen Geistlichen. Sie sei es jedenfalls dann, wenn der Geistliche, wie Pfarrer Eckert das tue, in harter Weise agitatorisch für die Partei tätig sei und zugleich erkläre, nicht als Pfarrer, sondern lediglich als revolutionärer Marxist zur Partei zu kommen. Eine solche Stillhaltebindung gegenüber den religionsfeindlichen Bestrebungen der kommunistischen Partei, wie sie diese Erklärung enthalte, sei nicht zu vereinbaren mit den Pflichten eines evangelischen Geistlichen, der sich überall und jederzeit zum Evangelium und zur Kirche zu bekennen habe. Pfarrer Eckert habe auch keinerlei Wandel in dieser seiner Stellungnahme in Aussicht gestellt.“

Als disziplinäre Folge dieser Stellung könne nur die Entlassung aus dem Kirchendienst in Frage kommen, mit der die übrigen in der Entscheidung erwähnten Nebenwirkungen kraft Gesetzes verbunden seien. Mit diesem Urteil sei keine ethische Bewertung der Persönlichkeit Eckerts gegeben, sondern lediglich die Unvereinbarkeit seiner oben dargelegten politischen Betätigung mit dem Amt eines Geistlichen ausgesprochen.“

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Samstagmorgen: Über West- und Mitteleuropa liegt ein sehr kräftiges Hochdruckgebiet, unter dessen Einfluß wir bei nördlichen Winden heiteres und kaltes Wetter behalten werden. Im Gebirge kamen heute Nacht Temperaturen bis zu 13 Grad unter Null vor, selbst in der Ebene hatte es noch Frost bis zu minus 5 Grad. Die auf dem Schwarzwald mit den Niederschlägen der letzten beiden Tage entfallene Schneedecke ist im wesentlichen erhalten geblieben. (10 bis 30 Zentimeter oberhalb 800 Meter.) **Vorausage:** Fortdauer des trockenen Frostwetters.

Wasserstände: Waldshut 207 minus 5, Basel 20 plus 5, Schutterinsel 73 plus 3, Rehl 231 unverändert, Maxau 414 plus 11, Mannheim 292 plus 3, Caub 216 Zentimeter

Aus der Landeshauptstadt

Keine weitere Genehmigung öffentlicher Sammlungen

Das Bezirksamt Karlsruhe teilt mit: Um den Erfolg der Sammlungen der Notgemeinschaft in den Städten Karlsruhe und Durlach nicht zu beeinträchtigen, machen wir darauf aufmerksam, daß außer den bereits genehmigten Sammlungen in Karlsruhe und Durlach keine Sammlungen bis Ende Februar 1932 nicht mehr genehmigt werden können.

Den Sammlungen gleich zu achten sind Wohltätigkeitsveranstaltungen. Die Einreichung von entsprechenden Gesuchen beim Bezirksamt Karlsruhe ist daher zwecklos.

Zum Tode des Erzbischofs. Am kommenden Mittwoch, den 16. Dezember, vormittags, findet in der St. Stephanskirche ein feierliches Seelenamt für den heimgegangenen Erzbischof Dr. Carl Fritz statt. — In einer Sitzung der **Zentrumsfraktion des Landtags**, die gestern stattfand, gab der Fraktionschef, Abg. Dr. Föhr, in einem tiefempfundnen Redefuß der Trauer der Zentrumspartei und -fraktion zum Hinscheiden des Erzbischofs Ausdruck, durch das die Erzdiözese einen unerwünschten Verlust erlitten habe. Die Partei treffe der Tod des Erzbischofs nicht minder hart, da der verstorbenen Kirchenfürst von jeher von der Notwendigkeit ihrer Arbeit im öffentlichen Leben und der Wichtigkeit des einschlagenden politischen Weges tief durchdrungen gewesen sei.

Betrieb der Kleinbahn Karlsruhe-Durmersheim. Die seit längerer Zeit geplante Beschränkung des Kleinbahnbetriebs auf der Strecke Durmersheim-Mühlberg-Krug wird in kürzester Zeit durchgeführt werden. Die Züge fahren dann nicht mehr durch die Stadt nach dem Bahnhof in der Kapellenstraße. Der Verkehr innerhalb der Stadt wird in Zukunft auf die Straßenbahn übernommen.

Im Karlsruher Stadtrat hat die nationalsozialistische Fraktion den Antrag auf unentgeltliche Lieferung von Gas und Strom an Kleinabnehmer in der Zeit vom 1. Dezember bis 1. März nächsten Jahres gestellt. Auch sollen bis zu einer gewissen Bezugsgrenze die Zählermieten nicht erhoben werden. Die Großabnehmerartikler und andere Bestimmungen sollen unberührt bleiben. Zum Ausgleich der entstehenden Ausfälle wird die Streichung sämtlicher Dienstaufwandsentschädigungen und Funktionszulagen und die Verwendung von Ersparnissen aus Zinsentzug beantragt.

Zusammenstoß zwischen Fürsorgearbeitern und aufsehenden Arbeitslosen. Vom Rathaus wird mitgeteilt: Die Karlsruher Stadtverwaltung war in den verflohenen Jahren immer wieder bemüht, möglichst viele Fürsorgeempfänger in Notstandsarbeiten einzuschalten und dadurch deren Lage zu verbessern. Bei den Fürsorgeempfängern selbst wurde weitgehendst der Wille nach Arbeit befeuert. In den letzten Tagen hat sich nun ein sogenannter Erwerbslosenausschuss, der von keiner Partei und Gewerkschaft anerkannt wird, als Vertreter der Pflichtarbeiter ausgespielt. Die fast durchweg noch sehr jugendlichen Mitglieder dieses Ausschusses haben sich nicht gescheut, in geschlossenem Zuge gegen die arbeitswilligen Pflichtarbeiter vorzugehen und sie unter Drohungen zur Niederlegung der Arbeit zu zwingen. Als man sie dann fassen wollte, waren sie in weiser Vorsorge bereits verschwunden. Soweit sie der Stadtverwaltung bekannt sind, handelt es sich bei ihnen um Persönlichkeiten, die eifrig bemüht sind, jeder Arbeit aus dem Wege zu gehen. Nachdem sich die arbeitswilligen Pflichtarbeiter, durch das Vorgehen dieser Elemente überrascht, einschüchtern ließen, war das Fürsorgeamt gezwungen, im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und zum Schutze der arbeitswilligen Kräfte die Polizei in Anspruch zu nehmen, die auch bereits zugegriffen hat.

Tanzabend Edith Viefelfeld zugunsten der Notgemeinschaft. Edith Viefelfeld, die zur Zeit hier auf der Durchreise ist, wird zugunsten der Karlsruher Notgemeinschaft einen Tanzabend abhalten. Sie steht allen Karlsruhern noch ihrer Erinnerung aus ihrer erfolgreichen Tätigkeit als Balletmeisterin am Badischen Landestheater. Rudolf Preßler bezeichnet Edith Viefelfeld als charmanter Künstlerin, die zu den bekanntesten Erscheinungen auf dem Kunstgebiet des Tanzes gehört. Die Notgemeinschafts-Veranstaltung im Konzerthaus am Montag, den 14. Dezember, deren gesamter Reinertrag ungeschmälert den Bedürftigen zugute kommt, wird daher sicherlich ein volles Haus zeigen, um so mehr, als die Eintrittspreise von 50 Pf. und 1 RM. für alle nummerierten Plätze mehr wie friedensmäßig sind und einem jeden den Besuch ermöglichen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Wintererogung im Schwarzwald

Nach dem milden und feuchten Wetter der letzten Tage hat nun etwas spät, aber doch noch rechtzeitig genug, der Winter seinen Einzug in den Schwarzwald gehalten. Im Laufe des Donnerstags und in der Nacht zum Freitag sind stärkere Schneefälle in den Kammlagen niedergegangen und haben überall eine zusammenhängende Schneedecke bis auf etwa 700 Meter herunter geschaffen. Da inzwischen die Temperaturen in den höheren Lagen wie auch teilweise in der Ebene scharf heruntergegangen sind, dürften bei Fortbestand der kalten Witterung am kommenden Sonntag im Nord- wie im Südschwarzwald gute Winterbedingungen vorhanden sein. So melden die Hühner- und Hundesberger Schneehöhen von 15 bis 25 Zentimeter. Im Feldberggebiet reicht die Schneedecke bis hinter den Ort hinunter.

D. J. Glottertal, 12. Dez. Heute morgen gegen 3 Uhr entstand aus noch unbekannter Ursache in dem etwas abseits gelegenen Dörrhause des Sanatoriums Glotterbad im Dörrhause ein Brand, der sehr schnell gefährliche Formen annahm. Das Haus brannte völlig aus. Es gelang, das gesamte Mobiliar zu retten.

Armbruster & Co.

L. 236

Baunternehmung
 Beton- und Eisenbetonbau
 Zementröhren- u. Kunststeinfabrik
 Fabrikation von Holzröhren und Bottichen

Freiburg = Littenweiler

Büro und Werk Kappler Str. 50. Telefon 3880

Gemeinderundschau

Die Finanzlage der Gemeinden

Für die Beschäftigung ihrer Wohlfahrtsverwirtslosen hat die Stadt Bruchsal an Krediten seit Juli 1928 bis 1. März 1931 insgesamt 950 000 RM. bewilligt und damit viele Straßenbauten, Meliorationen usw. bewerkstelligt. Jetzt werden von neuem 200 000 RM. für diese Arbeiten angefordert. Welche hohe Last die Gemeinden durch die Fürsorge zu tragen haben, zeigt die Tatsache, daß Bruchsal in den letzten 7 Monaten einen Aufwand für Erwerbslosenfürsorge von rund 450 000 Reichsmark hatte. Die Winterhilfe fand in Bruchsal einen willigen Boden und wird auch weiter über die dringendste Not der 950 Erwerbslosen hinweghelfen. Einen großen Erfolg hatte die Brodenfammlung. In der Schülerpeisung nehmen seit Ende November 340 Kinder teil. In den Horten der Volksschule finden 120 Kinder des Nachmittags eine warme Stube und Beschäftigung.

Im Bürgerausschuß Bischoffingen (Kaiserstuhl) stand die Frage des Gehaltsabbaus der Gemeindebeamten und Angestellten zur Beratung. Einmütig angenommen wurde eine **Zwangs Kürzung der Gehälter** der Gemeindebeamten. Da der Bürgermeister, Ratsschreiber und Gemeindeführer auf weitere 25 Proz. ihrer Bezüge verzichteten, beträgt bei diesen der Abbau ihrer Gemeindebezüge 50 Proz.

Der Stadtrat Forzheim hat beim Minister des Innern die Aufhebung des Räteinigungsamtes Forzheim und die Übertragung seiner Aufgaben an das Amtsgericht beantragt.

Bürgermeisterwahl. In Weingarten (bei Durlach) erhielten Stimmen: Oberrechnungsrat Karl Adolf Ruf (Mannheim) 35, Kreisrat Plattner (Friedrichstal) 24, Müller (Schopfheim) 6. Eine Stimme war ungültig. Hiermit ist Herr Ruf zum Bürgermeister gewählt.

Mannheimer Fleischverbrauch. Der Verwaltungsbericht des Mannheimer Schlacht- und Viehhofes für 1930/31 errechnet einen Fleischverbrauch der Mannheimer Bevölkerung von insgesamt 14,2 Millionen Kilo. Das sind pro Kopf und Tag 150 Gramm oder je Kopf und Jahr 54,16 Kilo, gegen 155 Gramm bzw. 56,56 Kilo im Jahre 1929. Das Rechnungsergebnis des Mannheimer Schlacht- und Viehhofes schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 1 665 231 RM. ab.

Der Bürgerausschuß Bruchsal hat einstimmig einen weiteren außerordentlichen Kredit von 200 000 RM zur Beschäftigung der Wohlfahrtsverwirtslosen genehmigt, ein schon seit Jahren geübtes und in seiner Auswirkung richtiges System. Seit 1928 sind bereits schon 950 000 RM für diesen Zweck bewilligt worden. Im letzten Jahr betrug der Fürsorgeaufwand der Stadt netto eine Million Reichsmark. Trotzdem hat die Winterhilfe rege Zuwendungen erhalten, um die große Not zu mildern.

Vorläufig keine Vereinigung Karlsruhe-Durlach. Der Evangelische Volksdienst, der vor mehreren Monaten in Durlach den Antrag gestellt hat, die Stadtverwaltung möge mit derjenigen von Karlsruhe alsbald Eingemeindungsverhandlungen aufnehmen, teilte mit, daß er einen Antrag stellen werde, wonach die Verhandlungen mit der Stadt Karlsruhe in der Eingemeindungsfrage vorläufig einzustellen sind. Diese Wendung in der Eingemeindungsangelegenheit ist darauf zurückzuführen, daß die gegen die Eingemeindung eingestellte Stimmung immer größer wurde. — Der Stadtrat Durlach ist dem Antrag beigetreten. — Die Zahl der Erwerbslosen beträgt 1864.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	12. Dezember		11. Dezember	
	Geld	Wert	Geld	Wert
Amsterdam 100 G.	170.23	170.57	170.03	170.37
Kopenhagen 100 Kr.	78.02	78.18	76.62	76.78
Italien . . . 100 L.	21.68	21.72	21.58	21.62
London . . . 1 Pf.	14.15	14.19	13.88	13.92
New-York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.52	16.56	16.50	16.54
Schweiz . . . 100 Fr.	81.97	82.13	81.97	82.13
Wien 100 Schilling	52.94	53.05	54.95	55.05
Brag . . . 100 Kr.	12.47	12.49	12.47	12.49

Börsenbeitragsermäßigung der Mannheimer Produktentwürfe. Nachdem der Mannheimer Börsenvorstand im Monat November beschlossen hatte, die Börsenbeiträge für das Jahr 1932 unverändert zu belassen, sah dieser neuerdings den Beschluß, für das neue Jahr eine 10proz. Ermäßigung der Börsenbeiträge und Pultmieten einzutreten zu lassen.

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe. In der 79. ordentlichen Generalversammlung am heutigen Freitag kam zum Ausdruck, daß es trotz aller Bemühungen nicht möglich war, auch eine teilweise Weiterführung des Wertes zu garantieren. Zweck Vermeidung weiterer Verluste mußten daher die Maschinen und Einrichtungen verkauft werden. In Auswirkung dieser Tatsache, sowie des mit den Gläubigern beschlossenen Vergleiches stand das abgelaufene Geschäftsjahr ganz im Zeichen der Abwicklung. Im Berichtsjahr ist ein neuer Verlust in Höhe von 738 480 RM entstanden. Zur Verringerung dieses Verlustes hat die Generalversammlung beschlossen, den seitherigen Reservefonds in Höhe von 274 000 RM aufzulösen, wodurch sich der Verlust aus 1930 auf 464 480 RM ermäßigt. Mit dem Verlust aus dem Vorjahre von 1 488 654 RM ergibt sich dann ein Gesamterlust von 1 953 134 RM, der auf neue Rechnung vorgetragen wird. Im übrigen wurde die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1930 genehmigt, dem Vorstand und dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Auch die übrigen Regularien fanden einstimmige Annahme.

Neue Revisionsgrundätze für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen wurden auf einer in Essen abgehaltenen Tagung des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften (Raiffeisen) verabschiedet, die satzungsgemäß von den dem Reichsverbande angeschlossenen Landes- und Provinzialverbänden bei der Durchführung der Revision zu befolgen sind. Danach darf sich eine Revision nicht auf formelle Feststellungen beschränken, sondern muß die gesamte Geschäftsführung erfassen. Die Bestimmungen gehen sogar soweit, daß der Verband eine Genossenschaft anschließen kann, die sich weigert, den Feststellungen der Revisionen zu entsprechen. Auch einer neuen Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Verbandsrevisoren wurde zugestimmt.

Geschäftliches

Der Einkauf von Tee und Kaffee verlangt Vertrauen! Schaller Original-Pakete sind so wohlfeil und ausgiebig, daß auch der Winderbemittelte sich den Genuß einer guten Tasse Tee und Kaffee gestatten kann. — Außerdem liegen den Paketen Gutscheine als Werbegabe auf ein echt japanisches Teeservice oder deutsches Kaffeeservice bei. — Kaufen Sie deshalb nur „Schaller-Tee“ und „Schaller-Kaffee“.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Bekämpfung politischer Ausschreitungen.

Auf Grund des § 12 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Ziffer 2 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 (Reichsgesetzblatt I Seite 79) und § 2 Abs. 2 Ziffer 2 der Zweiten Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 10. August 1931 (Reichsgesetzblatt I Seite 436) wird die in Jahr wöchentlich erscheinende periodische Druckschrift „Grüßhorn“ mit Wirkung vom 13. Dezember 1931 auf die Dauer von 3 Monaten verboten.

Das Verbot umfaßt auch die in demselben Verlag erscheinenden Kopflätter der Zeitung sowie jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Karlsruhe, den 12. Dezember 1931.
Der Minister des Innern
Maier

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Finanzministeriums:

Ernannt:

Forstrat Richard Welling in Ketzingen zum Mitglied der Forstverwaltung unter Verteilung der Amtsbezeichnung „Oberforstrat“.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 15. bis 20. Dezember 1931.

Im Landestheater:

Dienstag, 15. Dez. * C 11. Th.-Gem. 701—800. Der Graue. Schauspiel von Friedrich Forster. 20 bis nach 22.30 (4,20).

Mittwoch, 16. Dez. 4. Sinfonie-Konzert. Solist: Gregor Biatigorsky (Cello). 20 bis gegen 22 (4,—).

Donnerstag, 17. Dez. * D 14 (Donnerstagniete). Th.-Gem. 401—500. Der Wildschütz. Komische Oper von Korbking. 20—22.45 (5,70).

Freitag, 18. Dez. * F 13 (Freitagniete). Th.-Gem. 2. S.-Gr. Neu einstudiert: Tosca. Musikdrama von Puccini. 20 bis gegen 22.30 (5,70).

Samstag, 19. Dez. Nachmittags: Der gestiefelte Kater. Ein Märchenpiel von Emil Alfred Herrmann. 15—17 (0,40 bis 2,20).

Abends: * B 12. Th.-Gem. 1001—1100. Hänsel und Gretel. Märchenpiel von Gumpert. — Hierauf: Die Puppenfee. Ballett von Josef Bayer. 20—22.45 (4,90).

Sonntag, 20. Dez. Nachmittags: 5. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: * Tiefland. Musikdrama von Albert. 15.15—17.45 (3,50).

Abends: * E 11. Th.-Gem. 1. S.-Gr. Othello. Große Oper von Verdi. 19.30 bis gegen 22.30 (6,30).

Im Städtischen Konzerthaus:

Sonntag, 20. Dez. * Oly-Polly. Operette von Walter Kollo. 19.30 bis nach 22 (2,60).

Literarische Neuerscheinungen

Ausdrucksweise der deutschen Sprache. Eine Stilkunde. Von Privatdozent Oberstudienrat Dr. W. Schneider. (VI u. 256 Seiten, 6. Geh. 3 RM., geb. 9,60 RM. B. G. Teubner, Leipzig.) — Das Werk stellt, abgesehen von seiner wissenschaftlichen Bedeutung, gleichzeitig ein Hilfsbuch dar, das der Deutschlehrer unmittelbar seinen Schülern zugrunde legen kann und eine wertvolle Hilfe für jeden nach kritischer Besinnung verlangenden Leser der Dichtung. Lange Zeit das Äschenbrödel im Hause der deutschen Sprachwissenschaft, hat die Sprachstilkunde in den letzten beiden Jahrzehnten, wesentlich unterstützt von der romanischen Sprachwissenschaft, der Kunstwissenschaft und der deutschen Literaturwissenschaft, eine verblüffend schnelle Rängerhöhung erfahren. Vielleicht zu rasch hat sie sich an die höchsten Aufgaben gewagt, zu rasch dem allgemeinen Drang der Wissenschaft unserer Tage nach „Synthese“ nachgegeben, ehe die grundlegende analytische Kleinarbeit hinlänglich geleistet war! So haben wir zwar seitens einiger Forscher reizvolle und eindringliche Charakteristiken der Spracheigentümlichkeiten verschiedener Dichter — man denke etwa an die Darstellung des Sprachstils Lessings, Wielands, Schillers und Goethes durch Friedrich Gundolf, die der Dänischen Sprache durch Rudolf Langer — aber diese Darstellungen sind mehr der subjektiven Erfassung von sprachlichen Ausdrucksformen, persönlicher Intuition entsprungen, denn daß sie auf festumrissenen Kunstbegriffen beruhen, die Anspruch auf objektive Gültigkeit erheben und für weitere Forschung und stillendliche Unterweisung eine gesicherte Grundlage bilden. Wilhelm Schneider, einer der ersten Fachmänner auf stilistischem Gebiet, gibt in seinen „Ausdrucksweisen der deutschen Sprache“ die so dringend benötigte Grundlage aller Sprachstilunterweisungen. Seine in Gegensatzpaaren aufgestellten Grundbegriffe sprachlichen Ausdrucks sind aus zahlreichen Stiluntersuchungen an Schriftwerken der letzten vier Jahrhunderte gewonnen. In einer Fülle eingehend analysierter Beispiele werden die Ausdrucksweisen nachgewiesen und aufgehebt. So bietet das Buch die Grundlage aller künftigen Stilforschung.

Wörterbuch zur deutschen Literatur. Von Oberstudienrat Dr. H. Köhl. 2. völlig neu bearb. und verm. Aufl. (Teubners kleine Fachwörterbücher Bd. 14, VII u. 279 S., geb. 6,80 RM. B. G. Teubner, Leipzig.) — Es gibt heute eine ganze Anzahl Literaturlexika, die sich durch beträchtlichen Umfang auszeichnen und deren Anschaffung erhebliche Kosten verursacht. Viele literaturgeschichtlich Interessierte werden jedoch lieber zu einem handlichen und — bei der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage — billigeren Nachschlagewerk greifen, sofern es genügend reichhaltig und zuverlässig ist. Das „Wörterbuch zur deutschen Literatur“ von Hans Köhl erfüllt diese Anforderungen aufs Beste. Soeben ist es in zweiter, erweiterter Auflage erschienen, die eine völlige Neubearbeitung darstellt. Etwa 800 Stichwörter sind neu hinzugekommen, so daß sich deren Gesamtzahl jetzt auf circa 2700 beläuft. Außer den Fachausdrücken und Personennamen aus der Literaturgeschichte und aus den Gebieten des Theaterwesens, der Poesie, Metrik und Stilistik enthält die zweite Auflage auch noch alle notwendigen Artikel sprachgeschichtlichen Inhalts. Daß alle Angaben, so z. B. die der praktischsten und billigsten Textausgaben und der grundlegenden Fachliteratur, auf den heutigen Stand gebracht sind, erübrigt sich zu sagen.

v. Gallwitz (General der Artillerie a. D.): Erleben im Westen 1916—1918. (631 S., mit 2 farbigen Karten, 12,50 RM., E. S. Mittler & Sohn, Verlagbuchhandlung, Berlin SW 68.) — „Erleben im Westen 1916—1918“, hat General v. Art. von Gallwitz, einer der bedeutendsten und erfolgreichsten deutschen Heerführer im Weltkrieg, sein soeben erscheinendes Kriegserinnerungswerk gewidmet. Nur wenigen hohen Führern ist es vergönnt gewesen, so wie ihm, getragen von dem Vertrauen der Obersten Heeresleitung, immer wieder an die Brennpunkte des großen Krieges gestellt zu werden. Daher eröffnet sein Werk, das auf einem gleichzeitig mit den Ereignissen geführten Tagebuch beruht, wie selten eines der Kriegsliteratur dem Leser auch einen Einblick in die Gedankenarbeit des höheren Führers. Mit weitem Blick schildert General von Gallwitz seine Erlebnisse und Eindrücke vom Handeln und Geschehen an der Westfront, von den heißen Kämpfen in der Hölle von Verdun, an der Somme und auch auf anderen Kriegsschauplätzen, insbesondere von den Offensiven 1918, von politischen Persönlichkeiten und Vorgängen, mit denen sich zu beschäftigen die Entwicklung des Kriegsendes ihn häufig veranlaßte. Man wird sich erinnern, daß der Name des Generals mehrfach für den Reichslanzlerposten bei Bethmann-Hollweg ausgeschieden wurde. Auch erhält man einen Einblick in das Seelenleben des Verfassers, das namentlich während der letzten Kriegszeit sich ergreifend gestaltete. Bei aller Schärfe und Kritik bleibt das festlich geschriebene Werk immer vornehm und sachlich. Weit über den Kreis der militärischen Fachleute hinaus werden die anschaulichen, oft mit Dramatik erfüllten Schilderungen mit allergrößter Spannung gelesen werden. Sie sind in jeder Hinsicht die bisher vorliegenden Kriegserinnerungen der Oberbefehlshaber an die Seite zu stellen und bilden eine der bedeutendsten Erscheinungen der Kriegs- und Memoirliteratur.

Runo Renatus: „Die 12. Stunde der Weltwirtschaft“ (VIII, 174 Seiten, kartoniert 4,80 RM., München 1931, E. S. Mittler.) — In diesem Buche niedrigerer Tatsachen, das eben bei E. S. Mittler in München erschienen ist, wird das Hauptbuch der Weltwirtschaft aufgeschlüsselt und mit dem Rechenstift in der Hand nachgeprüft, wo der Kern der Krise liegt. Die Tatsachen der allgemeinen Wirtschaftskrise erscheinen in überraschend neuen Zusammenhängen. Dann wird vorgezeichnet, daß Amerika, welches heute nun einmal den Schlüssel der Weltwirtschaft in der Hand hat, die allgemeine Depression bei ernstlichem Willen sofort in eine neue Konjunktur heben könnte, ohne daß der amerikanische Steuerzahler einen Cent mehr an Steuern aufzubringen braucht und ohne daß irgend jemand ein Unrecht geschieht. Das Buch bringt nicht eine Wiederholung der häufig aufgestellten simplen Behauptung, daß die Reparationen an allem Unglück schuld seien, eine Behauptung, auf die das Ausland mit berechtigtem Mißtrauen erwidert, wie denn die Zahlung des relativ kleinen Betrages von zwei Milliarden so viel Unheil verursachen könnte. Noch nie wurde die Wirkung der Kriegsverschuldung ähnlich aufgefächelt wie hier. Ein Hunger, harter, harter, harter und Deuler von größter Konsequenz, der zudem den Vorzug hat, kein Parteimann zu sein, erfährt hier Urfache, Entwicklung und Sinn der Weltkrise in einem weiteren Zusammenhang. — Wenn es an Deutschland ist, die Initiative für eine Neuordnung des Schuldenkomplexes zu ergreifen, — hier sind die Voraussetzungen für Herstellung einer neuen internationalen Atmosphäre gegeben. Kein Pathos, keine Klagen, lediglich mit zwingender Logik aufgewiesene wirtschaftliche Zusammenhänge.

Beim Christfest ist der schönste Traum
Das Bock-Bier unterm Weihnachtsbaum



Brauerei Schrempp-Printz
Telef. 611 Karlsruhe Telef. 611

Die Maul- und Klauenseuche in Söllingen ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen werden aufgehoben. R. 745
Karlsruhe, den 10. Dezember 1931. O. 3-70
Bad. Bezirksamt — Abteilung IV.

Kaß sie nicht draußen stehn . . .
... und Kinder, heimtöle, arme, müde, in unsern Heimen wartend sehn um Deine Liebe, Deine liebe Güte, weiß Weichheit wird — Vergiß sie nicht! Kaß sie nicht draußen sehn!
Gaben nimmt dankbar entgegen:
Badischer Landesverein für Innere Mission
Karlsruhe, Heidenbaderstr. 14, Postfach 7825

Staats- und Gemeindebehörden
sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der bad. Regierung der **Karlsruher Zeitung** Badischer Staatsanzeiger.

Sammeln Sie Gutscheine von

Schaller Tee

und „Schaller Kaffee“ in Paketen
• Sie erhalten als Werbegabe ein echt japanisches Tee-Service gratis •
Carl Schaller, Karlsruhe, Erbprinzenstraße 40

Badisches Landestheater
Sonntag, den 13. Dez. 1931
Nachmittags
4. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige
Der gestiefelte Kater
Märchenpiel von Emil Alfred Herrmann
Dirigent: Stern
Regie: v. d. Trend
Mitwirkende:
Ewig, Genter, Seiling, Brand, Ernst, Herz, Höder, Kienischer, Kuhne, Luther, Rehner, R. Müller, Krüter, Schulze, S. Müller, Lindemann, Nagel
Anfang 15^{1/2}, Ende 17^{1/2},
Preise: 0,40—2,20 RM

Abends
* G 11. Th.-Gem. 101—200
Neu einstudiert
Othello
Große Oper von Verdi
Dirigent: Schwarz
Regie: Pruscha
Mitwirkende:
Fang, Haberlorn, J. Grättinger, Friedrich, Gelpach, Kalmbach, Cerner, Schoepflin, Strad
Anf. 19^{1/2}, Ende gen. 22^{1/2},
Preise E 1—6,30 RM

Montag, den 14. Dez. 1931
Volkshöhle:
Dezembervorstellung
Götter von Berkingen
Schauspiel von Goethe
Regie: Baumback
Mitwirkende:
Vertram, Ehrhardt, Erhardt, Seiling, Brand, Dahlen, Ernst, Gemmede, Herz, Hierl, Höder, Gelpach, Kienischer, Kuhne, Luther, Rehner, Müller, Krüter, Schulze, v. d. Trend, Eich, Kilian, Kuhn, Lindemann, Grimm
Anfang 20 Ende geg. 23
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.

Die 15. 12. Der Graue. Mi. 16 12. 4. Sinfonie-Konzert. Do. 17. 12. Der Wildschütz. Fr. 18. 12. Neu einstudiert: Tosca. Sa. 19. 12. Nachm.: Der gestiefelte Kater. Abends: Hänsel und Gretel. Hierauf: Die Puppenfee. So. 20. 12. Nachmittags: Tiefland. Abends: Othello. Im Konzerthaus: Oly-Polly.

Im Städt. Konzerthaus
Sonntag, den 13. Dez. 1931
Oly-Polly
Operette von Walter Kollo
Dirigent: Stern
Regie: Herz

Teergruslieferung.
Das Bad. Wasser- und Straßenbauamt Offenburg vergibt nach den Bestimmungen des Finanzministeriums vom 27. 7. 1922 und vom 22. 7. 1924, die freie Lieferung von Teergrus für Landstraßen in kleineren Losabteilungen. Angebots, wozu die Vorzüge von obengenanntem Bauamt bezogen werden können, sind verschlossen mit der Aufschrift „Teergruslieferung“ bis spätestens Freitag, den 18. Dezember 1931, vormittags 10 Uhr, beim Bauamt einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. M. 728

Betr. Jagdverpachtungen
Die badischen und süddeutschen Jäger sind durchwegs abonniert auf die große deutsche illustrierte Jagdzeitung „Der Deutsche Jäger“, München, offiz. Organ des Badischen Bundes Deutscher Jäger, Karlsruhe und seiner Bezugsgruppen: Wertheim, Zaubersheim, Buchen, Oberbuchen, Heidesberg, Mannheim, Weinstal, Pforsheim, Karlsruhe, Heidesberg, Baden-Baden, Reib-Offenburg, Singal, Saar, Freiburg, Badstätt, Baden-Baden, Donaueschingen, Sinsgan-Deutberg, Bärach und Konstantz. Diese weitverbreitete Zeitschrift ist darum das geeignete Anknüpfungsglied für Jagd- und Fischereiverpachtungen, wozu die Städte- und Gemeindeverwaltungen besonders aufmerksam gemacht werden. Anst. Nr. 1. „Der Deutsche Jäger“ F. C. Mayer Verlag, München 2 C, Spartenstr. 11. E 419

25% billiger sind jetzt meine echten Neidschnuckentelle
Marke „Eskimo“, schneeweiß, silber u. dunkel. Pr. 8,—, 10,—, 12,—, Prachtst. 14,— RM. Preis! überall hin franko.
Fr. Heuer, Rotherm-A., Kürschnerstr. Gegr. 1880. L. 433

Praktische Geschenke in:
Theatergläser v. 10 RM. an
Feldstecher „ 15 „ „
Silber-Lorgnetten „ 5 „ „
Beachten Sie meine Anzeigen!
Reformoptik Inh. Franz Hofer
n. u. Kaiserstraße 247, am Kaiserplatz
Man rechte auf das Eine, Fälsche hat ich keine.
Ratenkaufabkommen. Billige Preise!